

## **Redebeitrag der ISO Oberhausen/Duisburg bei der Protestkundgebung am 16.11.2020 anlässlich der konstituierenden Sitzung des Stadtrates Oberhausen in der Luise-Albertz-Halle.**

Wir arbeiten mit beim Bündnis ES REICHT und halten es für nötig, das Treiben von Gruppierungen von Rechtsaußen innerhalb und außerhalb des Rates zu beobachten, sie wo immer möglich zurückzudrängen und ihnen die Plattformen für ihre Propaganda zu nehmen.

Wir erwarten von den übrigen Mitgliedern des Rates, dass sie ihre eigenen Aussagen ernst nehmen und die AfD weiterhin rechts liegen lassen. Und nicht Faschisten durch die Behandlung als „normale Partei“ in ihrer menschen- und demokratiefeindlichen Politik unterstützen.

Antifaschistische Politik, die wirksam sein will, kann sich u. E. allerdings nicht darauf beschränken, lediglich auf Rechtsaußen zu reagieren.

Denn eine solche Politik ließe außer acht, dass das Erstarken von faschistischen Organisationen und ähnlichen Verschwörungsgläubigen lediglich ein Symptom ist für tiefe gesellschaftliche Krisen und Widersprüche.

Es ist der hässliche Ausdruck davon, dass die herrschende Klasse und ihr politisches Personal aus den verschiedenen Parteien keine Antworten haben auf existenzielle Fragen, die sich immer drängender stellen.

Sie wissen offenkundig keinen Weg aus der vielfältigen Krise, mit der wir seit Jahren konfrontiert sind. Und sie suchen auch nicht ernsthaft nach Lösungen, sondern bleiben der Logik des kapitalistischen Systems verhaftet, das selbst diese Krisen hervorbringt.

So stehen bei der aktuellen Pandemie der Erhalt der Profite der Konzerne im Vordergrund, nicht die Gesundheit, die Existenzsicherung oder überhaupt die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Und schon gar nicht werden Maßnahmen überlegt, wie der Lebensraum von Wildtieren künftig geschützt werden soll, um weitere derartige Pandemien zu vermeiden.

Bürgerliche Politik ist nicht in der Lage, die nötigen Schritte gegen den Klimawandel zu ergreifen, um zumindest die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Seit Jahrzehnten sind das Problem der Klimaerwärmung und die Gründe dafür bekannt. Dennoch sind keine ernsthaften Bemühungen zu erkennen, dass so schnell wie nötig die Verkehrs- und Energiewende angegangen werden. Und dass Betriebe sozialverträglich auf nachhaltige Produktion umgestellt werden.

Stattdessen wird Energie für die breite Masse immer teurer, und Beschäftigte umweltschädigender Unternehmen wie der Autoindustrie oder der Braunkohle fürchten um ihre Arbeitsplätze.

Bürgerliche Politik kann offenbar nichts dagegen tun, dass in einem reichen Land wie Deutschland auch dringend benötigte Krankenhäuser schließen, weil sie kaputt gespart wurden. Dass Schulen marode sind und Jugendeinrichtungen, Schwimmbäder, Bibliotheken ... geschlossen werden, weil es angeblich kein Geld dafür gibt.

Sie kann augenscheinlich nicht einmal verhindern, dass, auch während der Pandemie, hier und anderswo die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden.

Sie gibt keine Antwort auf den Hunger in der Welt, vermeidbares Elend und Krieg.

Stattdessen lässt eine Mehrheit von Politiker\*innen weiterhin bewusst und gewollt Menschen auf der Flucht sterben, während Rüstungskonzerne mit dem Segen der Politik mit Waffengeschäften Milliardengewinne erwirtschaften.

Gleichzeitig werden seit Jahren und über alle Parteigrenzen hinweg Ängste und Vorbehalte gegen Geflüchtete geschürt.

Parteien wie die AfD oder Verschwörungsgläubige aller Art greifen reale Missstände und Ängste auf. Ihre Antworten sind billig, wirr und menschenverachtend. Aber: Sie antworten.

Die Aufgabe von linken, gewerkschaftlichen, feministischen, überhaupt allen fortschrittlichen Kräften ist nach unserer Auffassung, sich zusammenzuschließen und Antworten zu formulieren, die den Problemen gerecht werden. Gemeinsam sollten wir uns für eine Gesellschaft einsetzen, die die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellt – hier und weltweit.

Das heißt für uns auch: Nicht als Einzelkämpfer\*innen unterwegs zu sein, sondern gemeinsam für unsere sozialen und demokratischen Rechte streiten: im Betrieb, im Viertel, in einer Initiative - wo auch immer es möglich ist.

Und es heißt für uns, über Systemgrenzen hinweg zu denken. Zum Beispiel Privateigentum in Frage zu stellen, wenn das Recht von Privatunternehmen auf Profit mit dem Versorgungsauftrag des Unternehmens offenkundig unvereinbar ist:

Wie zum Beispiel bei Krankenhäusern, Pflegeheimen, Wohnungsunternehmen oder Energiekonzernen.

Eine solidarische Front von Aktiven in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der zersplitterten Linken: Das wäre auch eine wirksame antifaschistische Politik.